

Bülach/Otelfingen Unterländer Gewerbler leiden unter der Bürokratie

Freiheit für die Unternehmer

Kommentar

Im Trend

Daniel Baumann

Der Gewerbeverband des Kantons Zürich will den kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) die Büroarbeit erleichtern. Darum soll verhindert werden, dass der Paragrafenschwund in Zukunft weiter wächst. Der «Gesetzeswald» soll ausgedünnt und altes Gehölz entsorgt werden. So soll den KMU wieder Luft und Licht verschafft werden, damit neue Pflänzchen gedeihen und heranwachsen können. Sprich: Innovationen sollen in der Schweizer Wirtschaft wieder für mehr Wachstum sorgen.

Die Idee, Gesetze wieder einfacher zu machen, ist lobenswert. Und es ist bisher nicht erkennbar, wo sich Widerstand gegen Bürokratie-Abbau formen könnte. Der Gewerbeverband folgt mit seiner Initiative einem allgemeinen Trend der letzten Jahre. Die Gesetzesbücher der Staaten Mittel- und Westeuropas wurden in den vergangenen 20 Jahren immer dicker. Nun scheinen die Gegner der starken Regulierung am Zug zu sein. Sie wollen wieder einige Seiten aus diesen Büchern herausreissen.

England hat eine starke Liberalisierung in den 80er und 90er Jahren vollzogen und ist heute am besten auf die wirtschaftlichen Anforderungen vorbereitet. Im Jahr 2003 zogen die Niederlande mit einem eigenen Ansatz zur Eindämmung der Paragrafenflut nach. Das Standard Cost Model misst den Arbeitsaufwand, den die KMU für das Ausfüllen von Formularen und Anträgen benötigen. Die niederländische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Aufwand um 25 Prozent zu senken. Das will sie erreichen, indem sie Doppelspurigkeiten in der Verwaltung abbaut, aber nicht die Zahl der Gesetze verringert. Dadurch sollen Verwaltungskosten gesenkt und frei werdende Mittel für Investitionen bereitgestellt werden. Bei vollständiger Umsetzung der Massnahmen bis zum Jahr 2007 soll ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent pro Jahr erreicht werden. Ihrem Ziel sind die Niederlande schon ein gutes Stück näher gekommen. Nun wollen Staaten wie Dänemark, Deutschland, Schweden, Grossbritannien, Belgien und Norwegen nachziehen.

Sie alle scheinen eingesehen zu haben, dass der Staat nicht alle gesellschaftlichen Vorgänge kontrollieren kann. Und dass mit zunehmender Regulierungsdichte auch die Durchsetzung von Gesetzen schwieriger wird.

«Wir gehören nicht zu denen, die gerne jammern», sagt Werner Scherrer stellvertretend für viele Unterländer Unternehmer. Doch jetzt ist es ihm zu viel geworden. Die Gesetzesflut der letzten Jahre übersteigt seine Kapazitäten.

Daniel Baumann

Werner Scherrer ist Inhaber der Messerschmiede in Bülach, Stadtrat von Bülach und Bezirksgewerbeverbandspräsident. Er sitzt zudem in zahlreichen anderen Gremien, setzt sich für ein soziales Zusammenleben der Menschen ein und vertritt eindringlich seine politischen Ideen. Aktuell kämpft der Mann mit den wieselflinken Augen für die bürokratische Entlastung der kleinen und mittleren Betriebe (KMU).

«Ein diffuses Gefühl»

Es war im letzten Herbst, als ihm alles zu viel wurde. Die Schweizerische Steuerkonferenz beschloss, einen neuen Lohnausweis einzuführen. Laut Scherrer eigenmächtig, als ob «die Polizei ihre eigenen Gesetze machen würde». Ab sofort kam zusätzliche administrative Arbeit auf ihn zu. Arbeit, die er nicht auch noch machen wollte. Das Fass drohte überzulaufen. Bei verschiedenen Versammlungen des regionalen Gewerbes stellte er fest, dass es ein «diffuses Gefühl» gibt, dass die administrative Belastung durch den Staat an einem Punkt angekommen ist, wo sie zur übermässigen Last wird.

Scherrer nahm Einsitz im Kantonalen Initiativkomitee des Gewerbeverbandes zur Reduzierung dieser Belastung (siehe Kasten).

Er traf auf Gleichgesinnte, die dieselbe Erfahrung gemacht haben. «Die Summe kleiner Belastungen wird zum Problem», sagt zum Beispiel Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Verbandes für visuelle Kommunikation. Darüber beklagt sich auch Jürg Sulser, Chef der Sulser Logistik AG in Otelfingen und Präsident des Bezirksgewerbeverbandes Dielsdorf: «Für meinen Betrieb kann ich nicht genau sagen, wie sich der Aufwand in den letzten Jahren entwickelt hat. Man schluckt ja lange, nimmt viele neue Gesetze hin und versucht die Aufgaben irgendwie zu erledigen.» Zwar hätten ihm die Computer viel Arbeit abgenommen, aber trotzdem sei der Aufwand stark gestiegen. Das



Werner Scherrer, Präsident des Bezirksgewerbeverbandes Bülach, kämpft gegen die Papierflut. (Herbert Zimmermann)

belegt auch ein Bericht des Bundesrates, nach dem der Arbeitsaufwand für KMU von 370 Stunden im Jahr 1986 auf 650 Stunden im Jahr 2006 gestiegen ist. Sulser beschäftigt heute für seine 50 Angestellten einen Personalbeauftragten, der sich das ganze Jahr über nur um seine Mitarbeiter kümmert. Das ist fast eine Woche pro Jahr für jeden Angestellten.

Recht, Gesetz und Verordnungen

Dabei geht es um die Arbeitsgesetzgebung, handelsrechtliche Gesetze, Sozial- und Privatversicherungsgesetze, Vorschriften bezüglich der Arbeitssicherheit, der Berufsbildung, der Umwelt, der Steuergesetzgebung und zahlreicher anderer Vorschriften wie etwa das Mietrecht oder die Gleichstellung.

Dem Transportunternehmer Sulser macht vor allem die neue Gesetzgebung zur Fahrzeugsicherheit zu schaffen. Seine Lkw muss er seit letztem Jahr jährlich beim Strassenverkehrsamt vorführen. «Dabei habe ich neue Lastwagen. In der Schweiz sind Abgaben auf neue Lastwagen nämlich günstiger als auf alte. Daher sind fast alle Transportunternehmer auf neue Modelle umgestiegen. Man traut mir nicht zu, dass ich für die Sicherheit meiner Fahrzeuge Sorge.» Sulser hat mit seinen Kollegen ausgerechnet, dass ein Transportunternehmer

mit 100 Lkw zwei Angestellte braucht, die das ganze Jahr über damit beschäftigt sind, die Lastwagen vorführbereit zu machen und zum Strassenverkehrsamt zu fahren. «Das verursacht immense Kosten, ohne dass ich irgendetwas verdienen würde.»

«Mit einem Bein im Gefängnis»

Gemeinsam beschäftigt die beiden Unternehmer auch die Mehrwertsteuer. Das gebe jedesmal Streit mit den Steuerbehörden. «Und ich bin dann dazu verpflichtet, einen Vergleich vorzuschlagen, der meist akzeptiert wird. De facto wissen auch die Beamten nicht mehr, wie sie die 2700 Seiten Mehrwertsteuerrecht auslegen sollen», sagt Sulser. Scherrer fügt an, dass das Recht so kompliziert geworden ist, dass jeder Unternehmer immer mit einem Bein im Gefängnis steht.

Der Aufwand, sich über Gesetze zu informieren, ist so hoch, dass er gar nicht mehr zu bewältigen ist. «Für den Staat lohnt es sich immer, einen Kontrolleur auszusenden, denn in diesem ganzen Paragrafengestrüpp findet sich immer irgendein Fehler.» Die beiden Unternehmer wollen, dass Gesetze wieder einfacher und verständlicher werden, dass Formulare einheitlich gestaltet sind und die verschiedenen Behörden besser zusammenarbeiten.

Sie stellen sich vor, dass grundlegende Daten in einer zentralen Datenbank erfasst würden, auf die sämtliche Behörden Zugriff hätten. «Bei den Kinderzulagen ist es doch zum Beispiel so, dass die Kinder immer am gleichen Tag geboren sind und immer das gleiche Geschlecht haben. Trotzdem müssen wir jedes Mal wieder sämtliche Angaben in die Formulare eintragen», beschwert sich Sulser.

Auswirkungen prüfen

Von der Initiative des Gewerbeverbandes erhoffen sie sich viel. Der Staat müsse dazu gezwungen werden, die Gesetzgebung auf ihre Auswirkungen zu prüfen, findet Scherrer. «Der Staat kann alles gesetzlich regeln. Aber er soll zuvor die Auswirkungen prüfen. Wenn er zum Schluss kommt, dass er sie für vertretbar und notwendig hält, dann akzeptieren wir das auch. Dann machen wir auch jeden Morgen fünf Stunden Kopfstand.»

Bei der Prüfung der Gesetze solle ein Forum aus Vertretern der KMU helfen. «Die Gesetze werden für die Unternehmer gemacht, also sollen sie auch ihr Wissen einbringen dürfen», sagt Scherrer. Der Staat hat in den letzten Jahren Fehler gemacht, die ich mir als Unternehmer nie leisten dürfte. Da wäre ich längst schon pleite.»

Die kantonalen Behörden sind sich der Probleme der KMU bewusst

«E-Government wird die Zukunft sein»

Mit seiner Initiative nimmt der kantonale Gewerbeverband (KGV) die Verwaltung des Kantons Zürich ins Visier. Susanne Sorg, Regierungssprecherin, gibt Auskunft zur Situation der Verwaltung.

Daniel Baumann

«Zürcher Unterländer»: Frau Sorg, der KGV spricht von einer Formularflut, die über die KMU hereinbrechen würde. Kennt die Verwaltung dieses Problem?

Susanne Sorg: Wir wissen nicht, ob es heute mehr Formulare gibt als früher, weil ein systematischer Vergleich zwischen der Situation der KMU vor 50 Jahren und heute fehlt. Das sind eher Eindrücke und Wahrnehmungen. Die Justizdirektion hat für den Kanton Zürich nachgewiesen, dass die Regelungen und Gesetze in den letzten 90 Jahren um 30 Prozent zugenommen haben. Diese Zu-

nahme wird bei uns als relativ gering eingeschätzt, angesichts der vielen zusätzlichen Aufgaben, die der Staat in dieser Zeit übernommen hat.

Die Unternehmer beklagen, dass sie immer dieselben Daten dem Staat immer wieder übermitteln müssen.

Das kann ich nicht dementieren. Bei uns ist ein KMU nicht in einer zentralen Datenbank registriert, auf die alle zugreifen können. Dass Daten parallel abgeliefert werden müssen, hat auch mit dem Datenschutz zu tun.

Gibt es denn Bestrebungen, dieses Verfahren trotzdem zu vereinfachen?

Wir setzen auf das E-Government, das heisst, dass viele Dienstleistungen über das Internet abgefragt und erledigt werden können. Wir wollen dieses Angebot fortlaufend ausbauen. Das geht in die von den KMU geforderte Richtung, dass es einen zentralen Anlaufpunkt (One Stop Shop) für administrative Fragen geben wird. Es gibt bereits jetzt unter anderem bei der kantonalen Wirtschaftsförderung oder zu Arbeitsbewilligungen Formulare, die online ausgefüllt



Susanne Sorg-Keller (zvg)

werden können. Arbeitsbewilligungen bekommen sie in Sekundenschnelle.

Seit wann laufen diese Bemühungen?

Seit 2001 sind zahlreiche e-Government-Angebote realisiert worden.

Wird das Angebot von den Unternehmern wahrgenommen?

Ja. Bei den Arbeitsbewilligungen beträgt der Anteil der online abgewickelten Dienstleistungen ungefähr 40 Prozent. Die Zunahme ist eklatant. 2004 hatten wir 154 000 Besucher, und 2005 waren es im August bereits 130 000.

Gibt es weitere Bestrebungen, administrative Abläufe zu vereinfachen?

Seit vier bis fünf Jahren setzen wir einen Schwerpunkt bei der Vereinfachung des Massengeschäfts – also dort, wo es viel Kontakt zwischen den Unternehmern und den Behörden gibt.

Viele KMU klagen, dass sie den Überblick über die Gesetze und Verordnungen verlieren. Vor allem die Mehrwertsteuer scheint kompliziert zu sein...

...wir wissen das. Viele leiden auch unter Bundesrecht. Darauf haben wir allerdings keinen Einfluss. Ein anderes Problem ist, dass die Geschwindigkeit der Gesetzesänderungen zugenommen hat. Wir haben nicht viele zusätzliche Gesetze, aber die Änderungen nehmen zu. Sie immer wieder neu anzupassen, ist natürlich gerade für kleinere Unternehmen sehr schwierig.

Gibt es Bemühungen, hier vom Kanton aus zu helfen?

Verschiedene Behörden versuchen zu helfen – mit Merkblättern und auch im Internet. Zudem leisten Verbände wie der KGV natürlich sehr wertvolle Arbeit.

Der Initiativtext

Die vom Kantonalen Gewerbeverband Zürich lancierte Initiative will die Regierung des Kantons Zürich dazu zwingen, den administrativen Aufwand der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu verringern. Die Zeit, welche die Unternehmen mit dem Ausfüllen von Formularen, mit Behördengängen und Informationsbeschaffung verbringen, soll gesenkt werden.

Es wird ein auf drei Säulen basierendes System zur Kontrolle der Verwaltung und Gesetzgebung vorgeschlagen:

Erstens sollen die Behörden und Verwaltungen des Kantons dazu gezwungen werden, bestehende und neue Gesetze auf ihre Auswirkungen für die KMU zu überprüfen und, wenn notwendig, zu ändern.

Zweitens soll die Regierung dazu verpflichtet werden, jährlich über ihre Arbeit zur Verbesserung der administrativen Bedingungen für die KMU zu berichten.

Drittens soll dem Regierungsrat ein so genanntes KMU-Forum zur Seite gestellt werden, das ihn über die Auswirkungen der Gesetze auf die Praxis informiert. (bau)